

Einsatz an vielen Fronten

Bürger, Landes- und Kommunalpolitiker für den weiteren Ausbau der Windkraft zu gewinnen und sich bei der Fortschreibung der Regionalpläne einzubringen, sind die vorrangigen Ziele des BWE-Landesverbands Thüringen.

Text: Sascha Rentzing, Foto: Jan Oelker



RUHIGE STREITERIN FÜR DIE ENERGIEWENDE: Anneliese Mehr, Vorsitzende des BWE-Landesverbands Thüringen. Im Hintergrund die Abraumhalden des ehemaligen Uran-Bergbaus Wismut.

Eigentlich könnten die Thüringer stolz sein: Knapp 500 Megawatt (MW) sind in dem zentral in Deutschland gelegenen Bundesland installiert, immerhin doppelt so viel wie im ungleich größeren Nachbarland Bayern. Soweit die Vergangenheit. Für die Zukunft sieht es nicht so rosig aus: Der weitere Ausbau der Windenergie hakt an allen Ecken und Enden.

Das zeigt das Beispiel Gera-Rusitz nur allzu deutlich: Vor drei Jahren reichte das Mitteldeutsche Windenergieplanungsbüro Schönfeldt & Kutzeer (MDP) GmbH einen Bauantrag für vier NEG Micon-Anlagen des Typs NM 60 mit 1.000 Kilowatt (kW) für diesen Standort ein. Die Mühlen sollten auf einem Vorbehaltsgebiet zur Windenergienutzung errichtet werden. Doch die Planer hatten die Rechnung ohne die Bürger und Geras Oberbürgermeister Ralf Rauch gemacht. Als das für die Regionalplanung zuständige Landesverwaltungsamt die Baugenehmigung erteilte,

gingen die Anwohner auf die Barrikaden – und Rauch zog, dem Bürgerwillen folgend, vors Gericht. Des Friedens Willen bot MDP zwar an, anstelle der vier nur zwei NM 60 zu bauen, aber die Stadt lehnte ab. Bis heute ist die Sache nicht entschieden.

Gera-Rusitz ist nur einer von vielen Fällen in Thüringen, in denen Bürger und Gemeinden neue Windturbinen verhindern wollen. Großenstein-Baldenrain bei Gera, Martinroda bei Ilmenau oder Möbisburg in der Nähe von Erfurt sind weitere Standorte, um die derzeit heftig gestritten wird. „Die Windenergie hat hier zu Lande mittlerweile einen sehr schweren Stand“, schildert die BWE-Landesverbandsvorsitzende Anneliese Mehr die Lage.

Das Problem sei, so die Windpionierin aus Gera-Wernsdorf, dass die Wind-Eignungsgebiete in Thüringen bereits nahezu komplett erschlossen seien. Nur auf einigen „problematischen“ Wind-Vorbehaltsflä-

chen könnten noch Anlagen gebaut werden, zumindest theoretisch: „Als Ende der Neunzigerjahre die Regionalpläne aufgestellt wurden, haben einige Kommunen ohne groß zu überlegen Vorbehaltsflächen in diese Pläne aufnehmen lassen. Ihre Begründung war: ‚Vielleicht wollen wir da mit der Windkraft mal was machen.‘“

Sündenbock Windenergie

Wie die Beispiele zeigen, ist aus dieser Option vielerorts jedoch strikte Ablehnung geworden. Dabei sind die vorgebrachten Argumente so bekannt wie wenig sachgerecht: Die Spargel verschanzelten die schöne Landschaft, Vögel und Fledermäuse würden durch die dreiflügeligen Stromerzeuger getötet, nach dem jahrzehntelangen Uranabbau der Wismut könne in Thüringen doch nun nicht auch noch die Windkraft geduldet werden und – diesen Spruch hört man immer häufiger – Windstrom sei viel zu teuer.

Die Stimmung mit vergiftet haben aus Sicht der BWE-Ehrenamtlichen die regionalen Energieversorger mit ihren Anti-Windkraft-Kampagnen. „Teag und Vattenfall lassen nichts unversucht, die Windenergie in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen“, moniert Mehr. Belege dafür gibt es reichlich. So hat die Eon-Tochter Teag jüngst alle Stromrechnungen, die an private Haushalte verschickt wurden, mit dem fett gedruckten Hinweis versehen, für die steigenden Energiepreise sei vor allem die Windenergie verantwortlich.

Den Gipfel leistete sich Ende Februar Energieriese Vattenfall: In einer Pressemitteilung teilte der Konzern mit, um in Nord- und Ostsee produzierten Windstrom in den Süden transportieren zu können, müsse für einen dreistelligen Millionenbetrag eine neue Höchstspannungsleitung mit 380 Kilovolt errichtet werden. Hierfür sei eine Schneise mitten durch den Thüringer Wald zu schlagen. Auf solche Verleumdungen etwa mit gezielten Gegenkampagnen zu reagieren, fehlen dem BWE ‚Manpower‘ und vor allem Geld.

Dass es mit den Mühlen in dem ostdeutschen Freistaat in der Folge nicht so recht läuft, belegen auch die Zahlen. In 2004 wurden zwischen Vogtland und Harz gerade einmal 48 Anlagen mit einer Leistung von 70,9 Megawatt (MW) installiert (insgesamt: 497,5 MW). Damit landet das Land im Zubau-Ranking der Bundesländer hinter Mecklenburg-Vorpommern und vor Hessen nur auf Rang acht.

Hoffen auf die Regionalplanung

Doch Anneliese Mehr und ihre Mannschaft sind guten Mutes, dass es mittelfristig mit der Windenergie in Thüringen wieder aufwärts geht. Ihre Hoffnungen ruhen dabei vor allem auf den vier regionalen Planungsgemeinschaften des Landes. Diese haben im vergangenen Jahr angekündigt, die bestehenden Raumordnungspläne fortzuschreiben. Jetzt sind die Gemeinden und Verbände aufgefordert, Vorschläge für neue Windeignungsgebiete sowie für die Erweiterung und das Repowering vorhandener Eignungsgebiete bei der Regionalplanung einzureichen. Die Meinung des BWE war bisher noch nicht gefragt. Doch der Landesverband geht davon aus, dass auch er seinen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Windenergie in Thüringen leisten können. „Unser Wunsch wäre es, hier eng

mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten“, sagt Frank Groß, Vorsitzender des Regionalverbandes Thüringen.

Durch intelligente Erweiterung bestehender Windparks, Repowering und Ausweisung neuer Windeignungsflächen sei noch ein Zubau von rund 300 Megawatt möglich. „Besonders nördlich der Autobahn A4 gibt es viele gute Standorte, die neu ausgewiesen werden könnten. Auch das Repowering könnte bei uns bald eine größere Rolle spielen“, mutmaßt Groß. „In einer ersten Repoweringstufe könnten etwa 20 Altanlagen mit einer Leistung von je 300 Kilowatt durch leistungsstärkere ersetzt werden.“

Bitter für Thüringens Betreiber: Die neuen Pläne sollen erst 2008 verabschiedet werden sollen. Mit einer schnelleren Teilfortschreibung für den Bereich Windenergie ist nach ersten Signalen der Behörden nicht zu rechnen.

Landespolitiker im Visier

Für die Arbeit des Landesverbandes heißt das in erster Linie: Mithelfen, dass der Windenergie-Ausbau bis dahin nicht völlig ins Stocken gerät. So will der BWE fortan noch stärker als Moderator zwischen Planern und Kommunen fungieren. „Wir werden an die Kompromissbereitschaft beider Parteien appellieren“, erklärt Groß die Strategie. Das heißt für ihn auch: Die Firmen aufzufordern, sich an einem Standort mit weniger Anlagen zufrieden zu geben, um juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Weiteres Ziel des BWE: die Öffentlichkeitsarbeit verbessern und mehr Präsenz zeigen. Dabei ist nicht so sehr an Informationsveranstaltungen und Vor-Ort-Gespräche mit Bürgern gedacht – dies, so Groß, wäre angesichts der fortgeschrittenen Negativ-Stimmung Sisyphosarbeit. Vielmehr wollen die BWEler direkt an die

Landtagsabgeordneten ran. „Es muss uns gelingen, die Politiker zu überzeugen. Denn sie legen schließlich den großen Rahmen für die Windenergie in den kommenden Jahren fest“, sagt der Windaktivist. Gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Stephan Hloucal, der die Strukturen in der Landesverwaltung und im Landtag gut kennt, hat er diesen Job übernommen.

Einfach wird es für die zwei Windbotschafter allerdings nicht werden. Obwohl die CDU bei den Landtagswahlen im Juni 2004 wiedergewählt wurde, haben sich in Erfurt viele Zuständigkeiten geändert. Altbekannte, die im Thema Wind drinsteckten gingen, neue, weniger gut Informierte, zum Teil sogar völlige Windlaien, kamen. „Da ist noch eine Menge Informations- und Aufklärungsarbeit notwendig“, weiß Groß.

Die größte Nuss werden die Windaktivisten mit Wirtschaftsminister Jürgen Reinhold zu knacken haben. Zwar spricht sich der Politiker offen für die Solar- und Bioenergienutzung aus, doch macht er keinen Hehl daraus, dass er an der Windenergie „kein Interesse“ hat. „Thüringen ist Binnen- und kein Windland“, so seine einfache Argumentation.

Aber den Anfang haben die BWEler gemacht: „Erste Gespräche mit Abgeordneten sind geführt“, sagt Groß und verweist auf „positive Eindrücke“. „Vielleicht können wir die Politiker ja dazu bewegen, zu sagen, wie viel Windenergie in Thüringen noch kommen soll.“ Mit konkreten und im Konsens mit der Landespolitik definierten Ausbauzielen an der Hand, hätte die Windbranche mehr Planungssicherheit und die Kommunen wüssten, dass sie sich nicht grundsätzlich gegen die Windenergie versperren können. Dann wären in Thüringen auch die Zeiten der unnützen und langwierigen juristischen Auseinandersetzungen vorbei. ◀

Verbandscheck BWE Thüringen:

+	-
Erste gute Kontakte zur Landespolitik	Kleiner Verband mit 130 Mitgliedern
Eigenes Büro	Kein „guter Draht“ zu Gemeinden
	Niedrige Betreiberquote: Anteil der im BWE gemeldeten/organisierten Windleistungen beträgt 21,4 Prozent